



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

Liebe Leserinnen und Leser,

Vorschläge des Parlaments zur Lösung der Finanzkrise

seit dem letzten Brief aus Straßburg ist die Talfahrt auf den internationalen Finanzkrisen weitergegangen und viele Staaten - darunter auch Deutschland - haben nun in Rekordzeit große Rettungspakete geschnürt, um den Kollaps der Märkte zu verhindern. Die internationalen Verflechtungen auf den Finanzmärkten machen klar, dass diese Krise nur international gelöst werden kann. Der französische Staatspräsident und derzeitige Ratspräsident der EU, Nicolas Sarkozy, hat vor dem Parlament in dieser Woche sehr weitgehende Vorschläge gemacht: eine europäische Wirtschaftsregierung solle für eine enge wirtschaftspolitische Abstimmung sorgen. Neuzugründende Staatsfonds in den Mitgliedstaaten sollen europäische Unternehmen teilweise aufkaufen und sie so vor nicht-europäischen Investoren schützen. Die Automobilindustrie solle in den Genuss eines Hilfsprogramms, d. h. von Subventionen kommen. Damit hat Sarkozy deutlich gemacht, dass er viel mehr Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagern will, die über die aktuellen Befugnisse der EU im Rahmen der Binnenmarktgesetzgebung weit hinausgehen. Die deutsche Bundesregierung und die CDU/CSU-Gruppe im Parlament sehen diese Vorschläge kritisch, weil sie einen viel stärkeren finanziellen Einsatz von Deutschland fordern und weil der Gedanke der Subsidiarität darin nicht vorkommt. Bisher hat sich die EU-Kommission als zuständige Behörde geweigert, selbst diese Initiativen auf dem Finanzmarktsektor zu ergreifen, für die sie kompetent ist. Konkrete

Vorschläge zur Neuordnung der Finanzmärkte aus dem Parlament sehen vor, dass Rating-Agenturen, die Finanzprodukte bewerten, für ihre Bewertungen haften sollen. Eine gemeinsame Aufsicht über den europäischen Finanzsektor soll auch für eine Vereinheitlichung von Finanzprodukten sorgen. Das Parlament hat sich bislang ergebnislos für mehr Transparenz und mehr Vorschriften in diesem Sinne eingesetzt.

Abstimmungen über den EU-Haushalt 2009

Wie jedes Jahr in der Herbstzeit steht wieder die Abstimmung über den EU-Haushalt für das kommende Jahr an. Nach der Debatte am Dienstag hat das Europäische Parlament am Donnerstag in erster Lesung über den Haushalt abgestimmt. Das EU-Budget für 2009 bleibt auch im kommenden Jahr klar unter den Obergrenzen. Die Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 134,4 Milliarden Euro, die Zahlungsermächtigungen auf 116,7 Milliarden Euro. Mit einer Verpflichtungsermächtigung kann die Kommission finanzielle Verpflichtungen über ein Haushaltsjahr hinaus eingehen. Zahlungsermächtigungen bezeichnen demgegenüber die tatsächlich zu zahlenden Leistungen im Haushaltsjahr. Besonderes Gewicht erhalten im Haushalt 2009 die Programme für Wachstum und Beschäftigung und die Bekämpfung des Klimawandels. Eine weitere Herausforderung ist der wachsende Finanzierungsbedarf der Kategorie "Die EU als globaler Partner". Hierzu zählen die Aufgaben der inneren und äußeren Sicherheit sowie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). 13 Anträge wurden von mir in den Haushalt

aufgenommen. Sie betreffen das Programmmanagement durch Nicht-Regierungs-Organisationen, die Gebäude der Kommission in Brüssel, die Personalbewirtschaftung und die Gelder für das Kosovo. Hier habe ich erfolgreich beantragt, Mittel einzufrieren, die die UNO im Kosovo für die EU verwaltet, da ich große Zweifel an der Art und Weise habe, wie die UNO das Kosovo managt.

Studentenaustausch mit Drittländern wird weiter gefördert

Das seit 2004 laufende EU-Förderprogramm "Erasmus Mundus" soll als wichtiges Instrument des Studentenaustauschs in einer zweiten Phase ab 2009 bis 2013 fortgesetzt werden. Es bringt Studierende aus aller Welt an europäische Universitäten und auch europäische Studenten an solche in Drittländern. Das Programm sieht drei Aktionen vor: Erstens gemeinsame Master- und Promotionsstudiengänge von europäischen Universitäten und solchen aus Drittländern, zweitens eine Erasmus-Mundus-Partnerschaft, welche Hochschuleinrichtungen aus Drittländern auch die Gewährung von Stipendien ermöglicht und drittens Kommunikations- und Informationsmaßnahmen. Das Budget beträgt insgesamt ca. 953 Millionen Euro.

Neues Gebührensystem für Flughäfen für Passagiere vorteilhaft

Die größeren Verkehrsflughäfen in der EU sollen ihre Gebühren künftig nach einheitlichen transparenten Kriterien erheben. Die Richtlinie soll verhindern, dass Flughäfen von den Fluggesellschaften überzogene Gebühren verlangen, welche letztendlich der Kunde über sein Flugticket zahlen muss. Anfallende

Seite 1

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

Gebühren müssen zukünftig eindeutig begründet werden. Die Höhe der Gebühren soll stärker durch die Kosten der bereitgestellten Infrastrukturen und Dienste gerechtfertigt werden. Dies bedeutet einerseits einen ausgewogeneren Interessensausgleich zwischen den Flughäfen und Fluglinien, andererseits auch einen faireren Wettbewerb zwischen den Drehkreuzen im Luftverkehr. Betroffen sind Flughäfen mit jährlich mehr als fünf Millionen Fluggastbewegungen, in jedem Fall aber mindestens der größte Flughafen eines Mitgliedstaates. Die Richtlinie wird nach Zustimmung des Rates Ende 2010 in Kraft treten.

Leiharbeiter bekommen gleiche Rechte wie Festangestellte

Angestellte von Zeitarbeitsfirmen sollen zukünftig die gleichen Rechte bekommen wie festangestellte Mitarbeiter des Unternehmens, in das sie entsandt werden. Die Gleichbehandlung gilt ab dem ersten Arbeitstag und betrifft neben dem Arbeitsentgelt auch Sozialleistungen. Der Abschluss von Tarifverträgen, die für die betroffenen Arbeitnehmer günstiger ist, ist davon nicht betroffen. Nachdem die Kommission den Vorschlag über eine Richtlinie zu den "Arbeitsbedingungen von Leiharbeitnehmern" bereits 2002 vorgelegt hat, konnten sich das Europäische Parlament und der Rat erst jetzt auf einen gemeinsamen Standpunkt einigen. Die meisten Vorschläge des Parlaments wurden in diesem Standpunkt berücksichtigt.

Kinderpornografie soll stärker bekämpft werden

Das Europäische Parlament will stärker gegen Kinderpornografie im Internet vorgehen. Durch ein 55

Millionen Euro umfassendes Förderprogramm sollen bis 2013 unter anderem illegale Internetseiten mit Kinderpornografie identifiziert und abgeschaltet werden. Dazu sollen Internetuser über spezielle Hotlines illegale Inhalte melden können. Durch Lehrmaterialien für Schulen sollen Kinder, Eltern und Lehrer über dieses Thema informiert und sensibilisiert werden.

Globale Allianz gegen den Klimawandel

Das Europäische Parlament unterstützt die Schaffung einer globalen Allianz gegen den Klimawandel zwischen der Europäischen Union und den am stärksten gefährdeten armen Entwicklungsländern (GCCA). Durch diese Allianz kann eine große Lücke in der Entwicklungszusammenarbeit geschlossen werden: die Lücke zwischen Wissen und Handeln. Der Klimawandel bedroht ernsthaft die Armutsbekämpfung, Frieden und Sicherheit, die Menschenrechte sowie die Verfügbarkeit von Wasser und Nahrungsmitteln. Gerade die Entwicklungsländer haben am meisten unter dem Klimawandel zu leiden, obwohl sie am wenigsten dazu beigetragen haben. Frühzeitiges Handeln zur Katastrophenvorsorge ist Schätzungen zufolge auch kostenwirksam. Je eingesetzten Dollar spart man bei der Intervention im Katastrophenfall sieben Dollar ein. Verspätet beschlossene Maßnahmen, die zur Abmilderung der Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels notwendig sind, würden erheblich höhere Kosten bedingen. Das Parlament hält deshalb das vorgesehene Budget von 60 Millionen Euro für völlig unzureichend und fordert die Kommission auf, ein langfristiges Finanzierungsziel zu

setzen. Die Kommission wird insbesondere aufgefordert, dringend einen umfassenden Plan zur Eindämmung der Entwaldung in Entwicklungsländern aufzustellen. Dies steht im direkten Zusammenhang mit dem Thema Biokraftstoffe, da in einigen Ländern die Wälder nur abgeholzt werden, um dort Biokraftstoffe anzubauen. Deshalb fordert das Parlament die Kommission auch auf, hier strengere Anforderungen zugunsten der Ökosysteme zu stellen. Bei den Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels soll neben den politischen Impulsen auch die Zivilgesellschaft ganz gezielt angesprochen werden. Durch Informationskampagnen und Bildungsprogramme an Schulen und Universitäten soll die Bevölkerung aufgeklärt werden, wie man durch veränderte Lebensgewohnheiten zur Senkung der Treibhausgasemissionen beitragen kann.

Jahresbericht des Bürgerbeauftragten vorgestellt

Am Donnerstag hat sich das Parlament mit der Arbeit des Bürgerbeauftragten beschäftigt. Seine Hauptaufgabe ist es, sicherzustellen, dass "europäische Bürgerrechte" auf jeder Ebene der Union eingehalten werden und sich zu vergewissern, dass EU-Institutionen und -Organe höchste Verwaltungsstandards einhalten. 2007 sind 518 zulässige Beschwerden eingegangen, nach 449 zulässigen Beschwerden im Vorjahr. Das Parlament legt Wert auf rasche und aussagekräftige Antworten auf Anfragen, Beschwerden und Petitionen der Bürger. Ein interaktives Handbuch soll allen Fragestellern künftig helfen, die Probleme gleich zu Beginn an die richtige Stelle heranzutragen.

Seite 2

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu